

**Haushaltrede zum Doppelhaushalt 2011/2012
am 17. November 2010**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Stadtkämmerer,
meine Damen und Herren,

was tun, wenn in der Haushaltskasse das Geld knapp wird? Natürlich noch sparsamer wirtschaften als sonst, Investitionen verschieben oder streichen und die Durststrecke aufmerksam im Auge behalten. So stellt sich für die FL der HH-Entwurf dar. Was noch 2008 für die kommenden Jahre an Steuereinnahmen vorausgesagt wurde, ist heute nur noch Makulatur. Es ist ja nichts Neues, dass die Konjunktur und damit die Steuereinnahmen sich in einem ständigen Auf und Ab bewegen. Das Dumme ist nur, wir wissen nie genau im Voraus in welchen Jahren geht's bergauf und in welchen bergab. Doch sollen wir nun verzagen? Nein. Wir alle behalten einen kühlen Kopf, machen uns gemeinsam an die Arbeit, durchforsten den Haushalt nach Einsparungen und überlegen uns, wie wir die Einnahmen verbessern können. Dabei verlieren wir nie die Qualitäten aus den Augen die unsere Stadt interessant und lebenswert macht:

Schulen mit Ganztagesbetreuung, gute Kindertagesstätten mit neuem Bildungsplan und unterschiedlichen Betreuungszeiten, Bildungseinrichtungen wie Musikschule, vhs und FBS, ein dichtes Netz an Fuß- und Radwegen, Sportanlagen und eine lebendige Vereinslandschaft, vielen Grünanlagen zum Verweilen, eine historische und moderne Innenstadt, vielen Geschäften, Betrieben, guten Verkehrsanbindungen, erlebbare Flusslandschaften entlang des „Grünen Y“ und vielen Menschen die sich für andere engagieren.

Finanzen

Zurückgelegtes Geld ausgeben zu müssen, fällt der Frauenliste erst einmal nicht leicht. Aber wir haben gar keine andere Wahl, wollen wir nicht in Stillstand verfallen, sondern in die Infrastruktur unserer Stadt investieren. Beispielhaft will ich nur



nennen: die Freihof-Realschule und die Erweiterung der Mensa am LUG müssen fertig gebaut werden, die Mensa in der Alleenschule vergrößert, Halden- und Lichtensteinkindergarten für die Betreuung von Kleinkindern erweitert und die ganze Infrastruktur instand gehalten werden.

Dafür müssen alle freien Rücklagen von 6,4 Mio € aufgebraucht werden. Auch eine Kapitalentnahme bei den Stadtwerken und Entnahmen aus dem Kirchheim-Teck-Fonds werden notwendig. Dies zeigt uns, wie ernst die Lage ist. So müssen weniger Kredite aufgenommen werden und der Verwaltungshaushalt wird durch geringere Zinsbelastung geschont. Diesem Vorschlag der Verwaltung stimmt die Frauenliste zu.

Es heißt schon das Tafelsilber sei somit aufgebraucht. Doch wenn man nicht im Luxus groß geworden ist kann man mit Speisen aus der Region auf preiswertem Porzellangeschirr und mit Cromargan-Besteck vorzüglich gut und gesund essen.

In der Krise haben alle finanzielle Einschnitte verkraften müssen. Die Kommune wirkte dabei stabilisierend, da sie ihr Angebot an Dienstleistung und Infrastruktur aufrecht erhalten hat. Oder haben sie davon gehört, dass unsere Stadtbücherei die Öffnungszeiten oder ihr Angebot zurückgefahren hat, in Kindertageseinrichtungen die Kurzarbeit eingeführt oder Straßen gesperrt wurden, um sie nicht weiter abzunutzen?

Die monetären Auswirkungen der Wirtschaftskrise aus den vergangenen zwei Jahren sind nun bei den Kommunen in Form von massiven Steuerrückgängen angekommen. Die Konjunktur hat unterdessen bereits wieder angezogen und daher ist es für uns ein Zeichen von Solidarität der Wirtschaft mit den Kommunen und deren vielfältigen Aufgaben, dass Betriebe von ihren Gewinnen eine höhere Gewerbesteuer abführen. Eine Erhöhung nach 16 Jahren ist für uns durchaus gerechtfertigt. Die Frauenliste stellt den Antrag, den Hebesatz der Gewerbesteuer von 360 auf 380 Prozentpunkte anzuheben. Wir befinden uns dann in bester Gesellschaft mit anderen großen Kreisstädten in der Region, beispielsweise Nürtingen mit einem Hebesatz von 390, Filderstadt 395, Winnenden 380 und Geislingen 370 Prozentpunkten.

Die moderate Erhöhung der Grundsteuer um 10 Prozentpunkte trägt dauerhaft zur Stärkung der Einnahmenseite im städtischen Haushalt bei und findet unsere Zustimmung.

Wir alle müssen uns jedoch weiter Gedanken machen, wie die Finanzen der Stadt langfristig und nachhaltig stabilisiert werden können. Deshalb fragen wir uns, warum gründen wir nicht ein eigenes Unternehmen, das das Stromnetz unserer Stadt betreibt? Und erwirtschaften dabei Gewinne, die unserem Haushalt zufließen. Dies könnten wir auf die Erzeugung von Strom und Vertrieb noch ausweiten.

Die Frauenliste ist davon überzeugt, dass die Energiefrage, neben Wasser- und Abwasserversorgung eine wichtige und zukunftsweisende kommunale Aufgabe ist, die nebenbei noch gute Erträge bringt. Wir wissen, dass die Politik bei der

Privatisierung des Wassernetzes (bei Bodensee- und Landeswasserversorgung) in den letzten Jahren bereits Lehrgeld bezahlt hat. So weit soll es bei der Stromversorgung nicht kommen. Da müsste uns doch grad gelegen kommen, dass in 2 Jahren die Stromkonzessionen auslaufen! Die Zeit ist günstig. Also, entwickeln wir doch alle zusammen eine Vision unserer zukünftigen Stromversorgung, fangen gleich hier bei uns in unserer Stadt an und machen uns ans Werk! Unser gemeinsames Ziel lautet dann: Energieerzeugung aus regenerativen Energiequellen und Kraft-Wärme-Kopplung, nutzen von Energieeinsparpotenzialen durch direkten Kontakt zu den Verbrauchern und Verbraucherinnen, Gestaltung der Preispolitik vor Ort und Erhalt der Wertschöpfung aus Energiewirtschaft in der Stadt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Bildung und Betreuung

Erfreulicherweise hat sich in den letzten Jahren bei der Politik die Einsicht durchgesetzt, dass sich Lernen und Lehren weiterentwickelt haben und dafür Ganztagschulen gebraucht werden. Kirchheim hat in den vergangenen Jahren viel Geld in die Hand genommen und Schülermensen und Aufenthaltsräume für den Ganztagesbetrieb gebaut. Dies kommt dem Schulalltag und damit den Schülerinnen und Schülern zugute.

Großes Verständnis haben wir für Kinder und Jugendliche in ihrem Bewegungsdrang und ihrem Mitteilungsbedürfnis in den Pausen. Jedoch verursacht dies einen enormen Geräuschpegel in den Schulhäusern. Als Beispiele sind die Mensa der Konrad-Widerholt-Schule, des Schlossgymnasiums und der Alleenschule zu nennen. Auch von der Raunerschule sind uns Lärmprobleme auf den Fluren bekannt. Schulgebäude sind Orte zum Leben und Lernen und müssen folglich auf ihre Funktionalität, insbesondere beim Thema Lärmschutz, überprüft werden.

Deshalb beantragen wir einen Bericht der Verwaltung, wie das Lärmproblem in unseren Schulgebäuden baulich eingedämmt werden kann und welche speziellen Vorkehrungen zur Lärminderung an den Erweiterungsbauten der Mensen an Alleenschule und Ludwig-Uhland-Gymnasium und am Neubau der Freihof-Realschule getroffen werden.

Vor unseren Schulen kommt es zu Unterrichtsbeginn und –ende durch Autos oft zu gefährlichen Situationen vor allem für die jüngsten, weil kleinsten Kinder. Vor allem in der Wollmarktstrasse vor den Freihof-Schulen herrscht oft ein heilloses Chaos von ankommenden, parkenden und abfahrenden Pkws zwischen all den Schulkindern, und das schon lange Jahre, unabhängig von der Baustelle. Wir bitten die Verwaltung um Prüfung, wie diese gefährlichen Situationen entschärft werden können.

Ginge es beim Thema Kleinkindbetreuung nach uns, wären heute schon gute Kindertagesstätten entsprechend der Nachfrage vorhanden.

Im Lichtenstein- und Haldenkindergarten werden in den nächsten beiden Jahren insgesamt 20 Plätze für Kleinkindbetreuung durch Anbauten geschaffen. Weitere Plätze richten die Kirchen und die Lebenshilfe ein, die dabei finanziell von der Stadt Kirchheim unterstützt werden. Diesen Investitionen stimmen wir vorbehaltlos zu.

Besondere Unterstützung brauchen diejenigen Familien, die auf das Einkommen beider Elternteile angewiesen sind und spätestens nach Ablauf des Anspruchs auf Erziehungsgeld ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen müssen. Es muss gewährleistet sein, dass genügend Kita-Plätze für Kinder zwischen einem und zwei Jahren zur Verfügung stehen. Deshalb wollen wir beim Ausbau der Kleinkindbetreuung ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Plätze für unter 2jährige Kinder legen und dies schwerpunktmäßig in altersgemischten Gruppen. Diese entsprechen familiären Strukturen, indem sich die größeren Kinder um die kleineren kümmern. Dies fördert soziales Lernen und bildet schon früh Empathie und Verantwortungsbereitschaft aus.

Der Ausbau von qualifizierten Betreuungsplätzen für Kleinkinder muss sich am tatsächlichen Bedarf der Eltern orientieren. Wir bitten die Verwaltung, diesen Bedarf zu ermitteln.

Soziales

Der demographische Wandel ist kein Phänomen mehr, das auf uns zukommen kann; wir befinden uns schon mitten drin. Die Anzahl der Kinder in unserer Stadt geht stetig zurück. Das merken wir bereits seit ein paar Jahren am Rückgang der Anmeldungen bei der Einschulung. Am anderen Ende des Lebenskreises jedoch nimmt der Anteil der älteren Bürgerinnen und Bürger zu, die auf Unterstützung angewiesen sind. Die Einrichtung eines Pflegestützpunktes in Kirchheim in diesem Jahr als Anlaufstelle für alle, die Hilfe und Unterstützung brauchen, zeugt von Verantwortung im Umgang mit der immer älter werdenden Bevölkerung. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, Geld dafür auch in Zukunft bereitzustellen und den Fokus weiterhin auf die Veränderung der Lebenssituation älterer Menschen zu richten. Dazu hat auch die Demenzkampagne in diesem Jahr mit vielfältigen Veranstaltungen für Erkrankte, Vorträgen und Informationen beigetragen.

Hier gebührt unser ganz besonderer Dank der Verwaltung, die sich mit der Kampagne dieses wichtigen Themas angenommen hat.

Der Kitt einer Gesellschaft besteht vor allen Dingen aus dem rücksichtsvollen Umgang miteinander, auch und gerade bei unterschiedlichen Meinungen und Interessen. Dass unsere Kinder dies von klein an lernen und verinnerlichen kann unserer Gesellschaft nur gut tun. Soziales Lernen fand schon immer auch außerhalb der Familie statt. Lehrerinnen und Lehrer bemerken im täglichen Zusammensein Verhaltensauffälligkeiten von Kindern sehr schnell. Deshalb ist es richtig und wichtig bei Problemen, die Kinder mit in die Schule bringen, sofort und vor Ort zu handeln. Dies ist Aufgabe der Schulsozialarbeit, die in den letzten Jahren an mehreren Kirchheimer Schulen eingerichtet wurde. Je früher Probleme erkannt und die Entwicklung von Kindern befördert werden kann, je einfacher und nachhaltiger geschieht dies. Deshalb ist für uns Schulsozialarbeit gerade an Grundschulen unerlässlich. Die Alleenschule hat bereits einen Antrag auf Schulsozialarbeit für ihren Grundschulbereich gestellt. Die Frauenliste ist jedoch der Überzeugung, dass Schulsozialarbeit auch an anderen Grundschulen nötig und sinnvoll ist. Um den Bedarf an Kirchheimer Grundschulen zu erfahren, bitten wir die Verwaltung in den Schulen vor Ort den Bedarf zu ermitteln.

Wir bitten weiterhin, unter Einbeziehung der vorhandenen Strukturen ein Konzept zu entwickeln, wie in möglichst vielen Schulen Sozialarbeit eingerichtet werden kann.

Verkehrswege

Eine Stadt ist für uns lebenswert, wenn man sich viel im Freien aufhalten und bewegen kann. Alltagstauglichkeit von Fußwegeverbindungen und Radwegen ist für uns wichtiger als teure Baumaßnahmen, die nur dem Autoverkehr dienen. Bei der Verkehrsplanung richten wir unseren Fokus auf den verstärkten Ausbau von Fuß- und Radwegen.

Auf die Vorstellung der Integrierten Verkehrsplanung in der Sitzungsrunde Dezember sind wir sehr gespannt. Wir versprechen uns Aufschluss darüber, wie umweltfreundliche Fortbewegung zu Fuß, mit Fahrrad und Bus gestärkt werden kann und welche planerischen Maßnahmen davon abgeleitet werden müssen.

An der Kreuzung Jahnstrasse/Alleenstrasse/Gaisgasse plant die Verwaltung einen Kreisverkehr. Grundsätzlich stehen wir diesem Vorhaben positiv gegenüber, besteht doch ein hohes Konfliktpotenzial vor allem für Fahrrad Fahrende. Besonders zu Schulbeginn und -ende ist diese Kreuzung stark frequentiert, bietet aber keinen Schutz oder eigene Wegführung für Radfahrende. Der Schwachpunkt der Kreuzung liegt vor allem in der fehlenden Möglichkeit aller Verkehrsteilnehmer, von der Alleenschule her kommend an der „Krone“ links zur Stadtmitte abzubiegen. Ein

Kreisverkehr würde neue Wegebeziehungen schaffen, auch die Fahrtgeschwindigkeit auf der Alleenstrasse etwas reduzieren und die Betriebskosten einer Ampelanlage einsparen. Sie hören, wir sehen viele Vorteile im Einrichten eines Kreisverkehrs an dieser Stelle. Und trotzdem beantragen wir, dieses Vorhaben zu schieben und aus dem Haushalt 2011/2012 die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von 520.000 Euro zu streichen und erst bei sich erholender Konjunktur, evtl. im nächsten Haushalt, wieder aufzunehmen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Der Straßenbelag ist noch ziemlich neu und unbeschädigt und für Investitionen nehmen wir ab 2012 Kredite auf. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint uns die Investition an dieser Stelle unverhältnismäßig. Wir beantragen statt dessen, preiswerte Verbesserungen für den Radverkehr zu planen und an der „Krone“ eine Linksabbiegespur für Radfahrende, ggf. als Zwischenlösung für eine Übergangszeit, einzurichten.

Beim Straßenbau muss immer wieder zu den kommunalen Finanzen Bezug genommen werden.

Die Charlottenstraße ist eine reine Anliegerstraße, sogar Sackstrasse und wenig befahren. Eine Sanierung ist uns einfach zu teuer angesichts der prekären Finanzlage. Wir beantragen die angesetzten Haushaltsmittel in Höhe von 315.000 Euro zu streichen. Stattdessen schlagen wir an dieser Stelle Kirchheims eine Verbesserung für Radfahrende vor, um die Stuttgarter Strasse sicher an der Kreuzung Boschstrasse überqueren zu können. Dieser Übergang ist Schulweg aus den nördlichen Stadtgebieten zu den beruflichen Gymnasien und zum Proberaum der Stadtkapelle in der Feuerwache und entsprechend oft von Kindern und Jugendlichen frequentiert. Mittelinseln als Querungshilfe sind auf der Stuttgarter Strasse schon mehrfach angebracht. Sie erhöhen die Aufmerksamkeit von Auto Fahrenden. Im besten Fall führt dies zu Verringerung der Geschwindigkeit und damit zu Verstetigung des motorisierten Verkehrs.

Viele Feldwege sind asphaltiert und verursachen bei starker Beschädigung enorme Folgekosten. Kommt der Asphaltbelag in die Jahre, müssen erneut Gelder für die grundlegende Sanierung aufgebracht werden und sorgen im TA/UA für „Diskussionen unter Fachleuten“, welcher Weg kaputt genug ist oder eben noch nicht. Um hier eine Vereinfachung und Sitzungseffizienz zu erreichen, beantragen wir die Position Instandhaltung von Feldwegen mit jährlich 40.000 Euro nur dazu zu verwenden, stark beschädigte asphaltierte Wege zu entsiegeln und dafür einfache Schotterwege herzustellen.

Derzeit stehen Umgestaltungen in der Walkstrasse und Notzinger Strasse an. Bisher wurde uns im Ausschuss die Ausführungsplanung eines Ingenieurbüros zu Beratung und Beschluss vorgelegt. Erst anschließend wurde die Planung den Anliegern

vorgestellt. Dann ist es mit der Mitsprachemöglichkeit leider schon vorbei. Diese Vorgehensweise hat in der Vergangenheit schon öfters zu Unmut geführt. Im Sinne einer frühzeitigen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beantragen wir, das System umzudrehen. Zuerst muss die Bürgerinformation stattfinden bei der die Anwohner ihre Vorstellungen, wie der neue Strassenraum aussehen soll und welche Funktionen er erfüllen muss, einbringen können. Erst dann befasst sich der Ausschuss damit und legt die Ziele der Planung fest. Dies kann die Zahl der Autoabstellplätze, der Bäume oder das Einrichten einer verkehrsberuhigten Zone sein. Erst dann wird das Planungsbüro tätig.

Die Anwohner in der Paradiesstrasse sind vom Lkw-Verkehr durch Lärm und Abgase sehr belastet und jeder 38-Tonner ist zuviel in dieser Strasse. Wir beantragen bei der Verwaltung zu prüfen, in wiefern in der Paradiesstrasse mit baulichen Maßnahmen eine Geschwindigkeitsreduzierung erreicht werden kann. Wir bitten außerdem zu prüfen, ob ein Durchfahrtsverbot für Lkw verhängt werden kann.

Stadtplanung

In der Vergangenheit ist in Kirchheim eine Menge Wohnraum im Rahmen der Innenentwicklung neu gebaut worden. Wenn man die Entwicklung der Einwohnerzahl in den letzten 5 Jahren betrachtet, bleibt diese jedoch weitgehend konstant. Deshalb ist es richtig und wichtig, BB-Pläne aus den 90er Jahren auf den Prüfstand zu stellen. Ziel muss sein, die maximale Innenverdichtung von damals auf ein verträgliches Maß zu reduzieren, um den Gebietscharakter der einzelnen Wohnquartiere zu erhalten. Die demographische Entwicklung gibt uns auch bei der Stadtplanung das Ziel vor: mutig dem Wachstum Grenzen setzen. Nach aktuellen Voraussrechnungen des Statistischen Landesamtes wird Kirchheim die Einwohnerzahl von 40.000 nicht erreichen. Stattdessen ist mit einem Bevölkerungsrückgang von jährlich 100 Personen kontinuierlich bis zum Jahr 2030 zu rechnen. Natürlich muss man mit Prognosen vorsichtig umgehen, sie sind nur Wahrscheinlichkeiten und keine Vorhersagen, auf die man sich absolut verlassen kann. Vielleicht kommt's nicht ganz so schlimm. Und trotzdem ist klar, dass bei der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren kein Wachstumsprozess stattfindet.

Mit dem Steingauquartier entsteht zwischen Innenstadt und S-Bahnhof an attraktiver Stelle demnächst ein neues Wohngebiet. Hier bietet sich der Stadt Kirchheim die Chance, ein zukunftsweisendes ökologisch wie sozial nachhaltiges Areal neu zu bebauen. Aus einem Architektenwettbewerb ist ein interessanter Rahmenplan hervorgegangen mit vielen Fußwegeverbindungen, Plätzen und öffentlichen Grünflächen, die Begegnung und lebendiges Miteinander ermöglichen. Unter

Anbetracht der rückläufigen Bevölkerungszahlen kann der neue BB-Plan Steingauquartier jedoch nur eine maßvolle Bebauung zulassen.

In Jesingen wird die Sanierung der Ortsmitte weiter fortgesetzt. Zugang zur Lindach, eine Fußgängerbrücke und Bäume entlang der Vorderen Strasse haben zu größerer Aufenthaltsqualität beigetragen. Vom weiteren Umsetzen der Planungen entlang der Vorderen Strasse versprechen wir uns, dass die Trennung der Ortschaft in links und rechts der Hauptstrasse minimiert wird.

Gleiches erhoffen wir uns für den Stadtteil Ötlingen. Im Programm „Soziale Stadt“ wird der Verkehrsplanung und Sozialplanung gemeinsam eine wichtige Rolle zugeschrieben und wir hoffen sehr darauf, durch die vorgelegte Rahmenplanung Fördermitteln zu erhalten.

Ich komme zum Schluss und bedanke mich für die Frauenliste bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Kirchheim für die im laufenden Jahr geleistete Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Birgit Müller

Anträge zur Haushaltsrede am 17. November 2010

- Erhöhung des Hebesatzes für Gewerbesteuer von 360 auf 380 Prozentpunkte ab 1.01.2011
- Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs an Betreuungsplätzen für unter 2jährige Kinder und wie der in altersgemischten Gruppen gedeckt werden kann
- Bedarf für Schulsozialarbeit an allen Kirchheimer Grundschulen ermitteln und Konzept für Umsetzung unter Einbeziehung der vorhandenen Strukturen erarbeiten
- Darstellung, welche baulichen Maßnahmen zur Lärminderung an Schulen getroffen werden
- Möglichkeiten aufzeigen wie die neue Fußgängerzone in der unteren Max-Eyth-Strasse mit Pflanzen und Sitzbänken gestaltet werden kann
- Sichere Anfahrmöglichkeiten für Eltern in der Nähe von Grundschulen aufzeigen, um die Gefahrensituation dort zu entschärfen
- Einrichten einer Querungsinsel für zu Fuß Gehende und Radfahrende in der Stuttgarter Strasse auf der westlichen Seite der Kreuzung mit der Boschstrasse, mit Angabe der Kosten dafür in den Haushalts-Beratungen
- Linksabbiegespur für Radfahrende von der Jahnstrasse, bei der „Krone“ in nördliche Richtung Alleenstrasse einrichten, ggf. als Zwischenlösung
- Bei Planung von Maßnahmen im Straßenbau Beteiligung der Bürger und des TA/UA vor Planung durch Fachingenieure durchführen
- Sanierung der Charlottenstrasse streichen (2011 15.000 €, 2012 300.000 €)
- Streichen der Planungsrate für den Dorfplatz Weiler Schafhof (2011 eingestellt 15.000 €)
- Sanierungsbedürftige asphaltierte Feldwege entsiegeln und als Schotterwege herstellen
- Einrichten von Baumgräbern auf dem Waldfriedhof im Jahr 2011